

GLASUL MINORITĂȚILOR LA VOIX DES MINORITÉS DIE STIMME DER MINDERHEITEN

ANUL
ANNÉE
JAHRGANG

} XVII.

"AUGUST-SEPTEMBRE
AOUT-SEPTEMBRE
AUGUST-SEPTEMBER

1939.

NUMĂRUL
NUMÉRO
NUMMER

} 8-9

Armand Călinescu †

Rumänien trauert tief. Verwegen sündige Hände löschten jenes Leben aus, welches ihren Zielsetzungen so tatkräftig hinderlich war.

In einem ausländischen Organ wurde die unsinnige Nachricht verbreitet, diese Greuelthat sei gemäss den Willen einer fremden Macht vollbracht worden. Solche absichtlich verwirrende Stimmen rufen jedoch nur unser Befremden hervor, da wir wohl wissen, dass der Ursprung dieses Mordes einzig die Rache war.

Wir Angehörige der Volksminderheiten stellen fest, dass uns die Zukunft damals am meisten beängstigte, als man Jenen bedeutende Rollen im öffentlichen Leben zuteilte, die solch niederträchtigen Mord anzuzetteln und sogar zu verüben fähig sind.

Armand Călinescu trachtete der Verderbtheit des öffentlichen Lebens, hervorgerufen durch die Bestätigung der genannten Faktoren, entgegenzuarbeiten. Er war der erste Ministerpräsident, der mit den Führern der Volksminderheiten ernst und häufig in Berührung trat um deren Beschwerden und Wünsche zu erhören.

Sein Dahingehen erfüllt die Volksminderheiten Rumäniens mit Trauer.

Sechzehn Jahre hindurch...

Sechzehn Jahre hindurch verwandten wir unsere volle Arbeitskraft, unser bestes Wissen auch in dieser Zeitschrift dazu, um zur Lösung einer Frage allen nötigen Stoff zu sammeln, alle Denkungsarten bekanntzugeben und – von den Lenkern des Völkerbundes an bis zum letzten unserer Leser – die Aufmerksamkeit aller darauf wachzurufen, welche Gefahren dieses Problem, die Ungelöstheit der Minderheitenfrage mit sich bringt.

Es gelang leider weder uns, noch allen mit unserer Tätigkeit gleichlaufend strebenden Faktoren, die führenden Kreise Europas, sowie die Mehrheitsvölker davon zu überzeugen, dass wenn überall und allgemein die Auffassung und das Vorgehen der Mehrheit den Minderheiten gegenüber unverändert bleibt, die Katastrophe unabwendbar sein wird.

Und nun, nach sechzehn Jahren, am 1. September erdröhnten die Waffen und heilige Werte gehen zugrunde.

Niemand kann behaupten, dies geschähe vor allem um wirtschaftliche Interessen. Jedermann muss einbekennen, wie sehr der Nationalgedanke, der überall Anerkennung fordert, diesen neuen Weltbrand entzündete, dessen Verheerungen vorderhand unabsehbar sind.

Vor Eröffnung des Kanonenfeuers lasen wir in dem Text der Punkte, welche die deutsche Regierung der polnischen zur Annahme vorlegte, solche Gedanken, deren Verwirklichung allenthalben die Lösung der Minderheitenfragen erhoffen liess.

Dieser Vorschlag war aber leider für den Frieden Europas dasselbe, wie ein, dem sterbenden eingeflösster letzter Hoffungsstrahl, wonach das von allen gefürchtete und von niemand gewollte eintreffen musste.

Wenn einst Europa die Trümmerhaufen zu räumen beginnt und im Anschluss daran die Verantwortung festzustellen trachtet, wird vor aller Welt eins sicher sein: alle, die für die Minderheitenrechte kämpften und an die Gefahr von deren Ungelöstheit erinnerten, wird man für das Geschehene nicht verantwortlich machen können.

*

Wie bekannt tat Reichskanzler und Führer Hitler in seiner historisch bedeutungsvollen Rede vom 1. September den Anspruch, er habe zwecks Vermeidung des Krieges einen Vorschlag

gegeben, nach dessen Annahme die ungelösten Fragen in friedlicher Weise Erledigung gefunden hätten.

Mehrere Punkte dieses Vorschlages verdienten auch bei der allgemeinen Regelung der Volksminderheitenangelegenheiten beachtet zu werden, weshalb wir nachfolgend den Ausgleichsvorschlag wörtlich wiedergeben.

1. Die Freie Stadt Danzig kehrt auf Grund ihres rein deutschen Charakters, sowie des einmütigen Willens ihrer Bevölkerung, sofort in das Deutsche Reich zurück.

2. Das Gebiet des sogenannten Korridors, das von der Ostsee bis zu der Linie Marienwerder – Graudenz – Kulm – Bromberg (diese Städte einschliesslich) und dann etwa westlich nach Schönlanke reicht, wird über seine Zugehörigkeit zu Deutschland oder zu Polen selbst entscheiden.

3. Zu diesem Zweck wird dieses Gebiet eine Abstimmung vornehmen. Abstimmungsberechtigt sind alle Deutschen, die am 1. Januar 1918 in diesem Gebiete wohnhaft waren oder bis zu diesem Tage dort geboren wurden und desgleichen alle an diesem Tage in diesem Gebiet wohnhaft gewesen oder bis zu diesem Tage dort geborenen Polen, Kaschuben usw. Die aus diesem Gebiet vertriebenen Deutschen kehren zur Erfüllung ihrer Abstimmung zurück. Zur Sicherung einer objektiven Abstimmung, sowie zur Gewährleistung der dafür notwendigen umfangreichen Vorarbeiten, wird dieses erwähnte Gebiet ähnlich dem Saargebiet einer sofort zu bildenden internationalen Kommission unterstellt, die von den vier Grossmächten Italien, Sowjetunion, Frankreich, England gebildet wird. Diese Kommission übt alle Hoheitsrechte in diesem Gebiet aus. Zu dem Zweck ist dieses Gebiet in einer zu vereinbarenden kürzesten Frist von den polnischen Militärs, der polnischen Polizei und den polnischen Behörden zu räumen.

4. Von diesem Gebiet bleibt ausgenommen der polnische Hafen Gdingen, der grundsätzlich polnisches Hoheitsgebiet ist, insoweit er sich territorial auf die polnische Siedlung beschränkt. Die näheren Grenzen dieser polnischen Hafenstadt wären zwischen Deutschland und Polen festzulegen und nötigenfalls durch ein internationales Schiedsgericht festzusetzen.

5. Um die notwendige Zeit für die erforderlichen umfangreichen Arbeiten zur Durchführung einer gerechten Abstimmung

sicherzustellen, wird diese Abstimmung nicht vor Ablauf von zwölf Monaten stattfinden.

6. Um während dieser Zeit Deutschland seiner Verbindung mit Ostpreussen und Polen seine Verbindung mit dem Meere unbeschränkt zu garantieren, werden Strassen und Eisenbahnen festgelegt, die einen freien Transitverkehr ermöglichen. Hiebei dürfen nur jene Abgaben erhoben werden, die für die Erhaltung der Verkehrswege, beziehungsweise für die Durchführung der Transporte erforderlich sind.

7. Über die Zugehörigkeit des Gebietes entscheidet die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

8. Um nach erfolgter Abstimmung – ganz gleich, wie diese ausgehen möge – die Sicherheit des freien Verkehrs Deutschlands mit seiner Provinz Danzig Ostpreussen und Polen seine Verbindung mit dem Meere zu garantieren, wird, falls das Abstimmungsgebiet an Polen fällt, Deutschland eine exterritoriale Verkehrszone, etwa in Richtung von Bütow – Danzig beziehungsweise Dirschau, gegeben zur Anlage einer Reichsautobahn sowie einer viergleisigen Eisenbahnlinie. Der Bau der Strasse und der Eisenbahn wird so durchgeführt, dass die polnischen Kommunikationswege dadurch nicht berührt, das heisst entweder über- oder unterfahren werden. Die Breite dieser Zone wird auf 1 km. festgesetzt und ist deutsches Hoheitsgebiet.

Fällt die Abstimmung zugunsten Deutschlands aus, erhält Polen zum freien und uneingeschränkten Verkehr nach seinem Hafen Gdingen die gleichen Rechte einer ebenso exterritorialen Strassen- beziehungsweise Bahnverbindung, wie sie Deutschland zustehen würden.

9. Im Falle des Zurückfallens des Korridors an das Deutsche Reich, erklärt sich dieses bereit, einen Bevölkerungsaustausch mit Polen in dem Ausmass vorzunehmen, als der Korridor hierfür geeignet ist.

10. Die etwa von Polen gewünschten Sonderrechte im Hafen von Danzig würden paritätisch ausgehandelt werden mit gleichen Rechten Deutschlands im Hafen von Gdingen.

11. Um in diesem Gebiet jedes Gefühl einer Bedrohung auf beiden Seiten zu beseitigen, würden Danzig und Gdingen den Charakter reiner Handelsstädte erhalten, das heisst ohne militärische Anlagen und militärische Befestigungen.

12. Die Halbinsel Hela, die entsprechend der Abstimmung entweder zu Polen oder zu Deutschland käme, würde in jedem Fall ebenfalls zu demilitarisieren sein.

13. Da die Deutsche Reichsregierung heftigste Beschwerden gegen die polnische Minderheitenbehandlung vorzubringen hat, die polnische Regierung ihrerseits glaubt, auch Beschwerden gegen Deutschland vorbringen zu müssen, erklären sich beide Parteien damit einverstanden, dass diese Beschwerden einer international zusammengesetzten Untersuchungskommission unterbreitet werden, die die Aufgabe hat, alle Beschwerden über wirtschaftliche und physische Schädigungen, sowie sonstige terroristische Akte zu untersuchen. Deutschland und Polen verpflichten sich, alle seit dem Jahre 1918 etwa vorgekommenen wirtschaftlichen und sonstigen Schädigungen der beiderseitigen Minoritäten wiedergutzumachen beziehungsweise alle Enteignungen aufzuheben oder für diese und sonstige Eingriffe in das wirtschaftliche Leben eine vollständige Entschädigung den Betroffenen zu leisten.

14. Um den in Polen verbleibenden Deutschen sowie den in Deutschland verbleibenden Polen das Gefühl der internationalen Rechtlosigkeit zu nehmen und ihnen vor allem die Sicherheit zu gewähren, nicht zu Handlungen beziehungsweise zu Diensten herangezogen werden zu können, die mit ihrem nationalen Gefühl unvereinbar sind, kommen Deutschland und Polen überein, die Rechte der beiderseitigen Minderheiten durch umfassendste und bindende Vereinbarungen zu sichern, um diesen Minderheiten die Erhaltung, freie Entwicklung und Betätigung ihres Volkstums zu gewährleisten; ihnen insbesondere zu diesem Zweck die von ihnen für erforderlich gehaltene Organisation zu gestatten. Beide Teile verpflichten sich, die Angehörigen der Minderheit nicht zum Wehrdienst heranzuziehen.

15. Im Falle einer Vereinbarung auf der Grundlage dieser Vorschläge erklären sich Deutschland und Polen bereit, die sofortige Demobilmachung ihrer Streitkräfte anzuordnen und durchzuführen.

16. Die zur Beschleunigung der obigen Abmachungen erforderlichen weiteren Massnahmen werden zwischen Deutschland und Polen gemeinsam vereinbart.

Zur Volksumsiedlung in Südtirol.

Von: Dr. Elemér Jakabffy.

Vor eben zehn Jahren, im August 1929 war es, als ein in Karlsbad weilender Bekannter mir die Nummer 160 der *«Deutschen Tageszeitung»* (Karlsbader Badeblatt) zusandte, weil es ihm sonderbar vorkam, dass Dr. Karl v. Loesch, Direktor des „Instituts für Grenz- und Auslandsstudien in Berlin“ darin eine meiner in Temesvár verklungener Reden kritisch behandelte.

Diese Temesvárer Rede enthielt nämlich unter anderem meine Bitte an die Banater Schwaben, sie mögen trachten zur Sicherung der Minderheitenrechte mit uns gemeinsam vorgehen und ich warnte sie, nicht alle ihre Hoffnungen auf die bedingungslose Unterstützung des deutschen Reiches zu bauen, denn die Geschichte zeigt uns, dass germanische Grossmächte aus wirtschaftlichen oder weltpolitischen Gründen einzelne deutsche Volksbruchteile opferten. Als Beispiel führte ich an, dass in 1848 das österreichische Kaiserreich die Voivodina schuf, wodurch die Banater Schwaben den Serben ausgeliefert wurden, Bismarcks Politik aber legte – zur Festigung des Dreibundes – der friedlichen und freiwilligen Assimilation der ungarländischen Schwaben keinerlei Hindernis in den Weg.

Auf diese Feststellung hin schrieb Dr. Loesch den Artikel für die *„Deutsche Tageszeitung“*, worin er mich aufmerksam machte, dass dem deutschen Volk solches nie wieder zustossen wird, da ein neuer Geist das deutsche Volk und seine Regierung beseelt.

Dies hatte er in 1929, also noch vor dem Sieg des Nationalsozialismus geschrieben.

Alle seitdem erfahrenen Tatsachen bewiesen in überzeugender Weise: Professor Loesch hatte Recht, Volksbruchteile opfert das Reich in Zukunft nicht mehr auf.

Dr. Loesch und seine Mitarbeiter haben viel dafür getan, dass nicht nur der Begriff „Volkstum“ und „Volksboden“, sondern auch der Sinn des „Volksraumes“ gründlich ausgebaut und zum Gemeingut wurde.

Wir sehen, welche wichtige Rolle diese drei Begriffe in der Politik des Nationalsozialismus und in den expansiven Kundgebungen des Deutschtums innehaben, abwechselnd wird einmal

der eine, oder der andere Begriff in den Vordergrund gerückt, wenn die jeweilige politische Tatsache Begründung erheischt.

Gegenwärtig, da das Ereignis der Südtiroler Deutschen Aufsehen vor aller Welt erregt, muss ich feststellen, dass alle, die die deutsche Fachliteratur mit Aufmerksamkeit lesen, die Schicksalswendung dieses Volksbruchteiles vorausahnen konnten.

Von allen Zeitschriften, die jede Äusserung und Beschwerde der deutschen Volksbruchteile registrieren, ist die in Wien erscheinende «*Nation und Staat*» die bedeutendste. Sie ist das vornehmste Sprachrohr des Volksminderheiten- und Volkstumgedankens und befasst sich mit den Fragen, Problemen und der Lage der Volksminderheiten, in erster Linie aber mit der Lage aller europäischen deutschen Volksgruppen und deren Bestrebungen. Die monatlich erscheinenden Hefte dieser vornehm gehaltenen Zeitschrift enthalten Berichte über das Dasein und die Beschwerden der in den einzelnen Ländern lebenden deutschen Volksgruppen in dem Abschnitt betitelt „Die Lage“.

Vom ersten Erscheinen dieser Zeitschrift an, d. h. von September 1927 bis zum Mai 1936 behandelte sie die Lage der Südtiroler Deutschen mit Aufmerksamkeit und schilderte vielleicht das Dasein keines deutschen Volksbruchteiles mit so düsteren Farben, wie eben das der Südtiroler Deutschen.

Seit dem Mai 1936 an aber suchen wir im Abschnitt „Die Lage“ der Zeitschrift „*Nation und Staat*“ umsonst auch nur eine Zeile über die Südtiroler Deutschen. Dieses auffallende Fehlen musste allen Jenen zu denken geben, die den Minderheitenschicksalen mit Aufmerksamkeit zu folgen gewohnt waren und das dreijährige Schweigen machte auch in mir den Glauben an die schon als Wahrheit angenommene Aussage des Professors Loesch wankend, dass die Aufopferung deutscher Volksbruchteile vonseiten des deutschen Reiches nicht mehr vorkommen wird.

Die neuesten Nachrichten bestätigen nun, dass die Aufopferung eines Teiles des Volkstums tatsächlich nicht stattfindet, vielmehr wird der Volksboden und der Lebensraum preisgegeben, wenn die vitalsten Interessen des Gesamtvolkstums es so fordern.

Damit stehen wir einer neuen Erscheinung gegenüber, womit sich jeder Minderheitenpolitiker pflichtgemäss befassen muss.

Denn die Ursachen, welche die Räumung des Südtiroler Siedlungsgebietes und Lebensraumes begründen, könnten auch unter anderen Ländern vorkommen, folglich mag das den Südtiroler Deutschen zufallende Los auch anderen Minderheitsgruppen widerfahren.

Im Dezemberheft des Jahrgangs 1938 der Zeitschrift „Die Stimme der Minderheiten“ befasste ich mich mit der Idee des Völker austausches, beschrieb die während des Weltkrieges und nachher aufgeworfenen Völker austausch-Gedanken und deren Durchführung in einzelnen Fällen.

Diesen Aufsatz schloss ich mit folgenden Worten:

„Viele verwerfen von vornherein den Gedanken eines Volks austausches. Diese erinnern sich unzweifelhaft des Volks austausches, der sich auf Grund des in Lausanne am 30. Jänner 1923 geschlossenen griechisch türkischen Vertrages abspielte. Hier handelte es sich aber im Sinne des Vertrages um einen *zwangsweisen* Tausch, d. h. ohne Beachtung des freien Bestimmungsrechtes der einzelnen Personen. Auf eine derartige Umgruppierung der griechisch-türkischen Bevölkerung beruft sich Macartney in seinem bemerkenswerten Werk „National states and national minorities“ begreiflicher Weise als auf ein abschreckendes Beispiel.

In Mitteleuropa ergäbe ein zwangsweiser Volks austausch naturgemäss entsetzliche Wirkungen. Da aber der Gedanke des totalen Nationalstaates immer stärker wird und wir sehen, dass niemand mehr die nationale Kultur der Fremdkultur des Mehrheitsvolkes unterordnen will, die Verfügungen zahlreicher Länder die jüdischen Mitbürger zum Verlassen ihrer Staatsbürgerschaft und zum Auswandern in andere Staaten zwingen, da können wir uns nicht des Gedankens erwehren, man müsse entsprechende Mittel, Wege und Organe finden, damit die zu Minderheiten gehörenden Bürger gewisser Länder, bei Mitnahme ihres Vermögens zu ihrem Mutterland zurückgeführt werden können.“

Die organisatorische Fähigkeit und die gewissenhafte Pünktlichkeit, welche alle Unternehmungen des Deutschtums kennzeichnen, mögen die Hoffnung gewähren, dass wir nach dem von Macartney erwähnten abschreckenden Beispiel einen Volks austausch, resp. Volks umsiedlung in Südtirol kennen lernen werden, deren Durchführung vorbildlich sein wird. Darum könnte in Zukunft, falls die europäischen Volks minderheiten nochmals einen Kongress einberufen würden dessen interessantester Punkt zweifellos die prinzipielle Diskussion über die Frage der Volks-

umsiedlung und die eingehende Bekanntgabe der Südtiroler Volksumsiedlung werden.

Die Kongresse haben sich oft schon in Wiederholungen eingelassen bei Besprechung gewisser Fragen, weshalb das Interesse ihnen gegenüber abgeflaut ist, aber die Behandlung der erwähnten Frage wäre neu und überaus wirkungsvoll.

Ansiedlung und Assimilation im Banat.

Von **Dr. Karl Kardhordó.**

Die Bevölkerung des Banates vor der Türkenherrschaft.

Die sprachliche Buntheit des Banates findet in ganz Europa kaum ihresgleichen. Dieses, auch als geografische Einheit annehmbare Gebiet, bestehend aus den gewesenen ungarischen Komitaten Krassó-Szörény, Temes und Torontál, die gegenwärtig Rumänien, Jugoslawien und zu einem kleinen Teil Ungarn angehören, umfasst einen Flächenraum von 28.417 Quadratkilometern und war im Jahre 1910 von 1,571.395 Seelen bevölkert.

Diese Bevölkerung setzt sich – abgesehen von den überall vorkommenden Zigeunern – aus zwölf verschiedenen Völkern zusammen. Diese sind folgende: Rumänen, Deutsche, Serben, Magyaren, Bulgaren, Schokazen, Krassowener, Kroaten, Slowaken, Böhmen, Ruthenen und Türken. Bringen wir die, eine Sprache sprechenden Bulgaren, Schokazen und Krassowener auf einen Nenner, so haben wir immer noch mit dem Bestehen, von zehn verschiedene Sprachen gebrauchenden Völkern zu rechnen.

Nur in Grosstädten, oder industriellen Mittelpunkten ist ähnliche, oder noch vielfältigere sprachliche Konglomeration vorzufinden. Zwar nicht im ethnografischen Sinne, wohl aber vom soziologischen und politischen Gesichtspunkte aus müssen wir scharf unterscheiden zwischen den in Grosstädten und industriellen Mittelpunkten, gemäss der wirtschaftlichen Möglichkeiten auf- und abwogenden, sozusagen internationalen Masse und den, am Banater Boden, an Sprache, Beschäftigung und Gebräuchen festhaltenden, mehr-weniger konservativ denkenden und grösstenteils Ackerbau betreibenden Elementen des Banates.

Die rund vier Millionen zählende Bevölkerung der Stadt

Chicago ist ausser der englischen noch beiläufig aus dreissigerlei Völkern zusammengewürfelt. Letztere sind sogar – laut Veröffentlichung der amerikanischen Statistik – gegenüber der englischen Bevölkerung in Mehrheit. Trotzdem gilt diese Stadt als englisch-amerikanisch und es fiel niemand ein, den Nationalitätencharakter Chicagos zu bezweifeln.

Die Kleingemeinde Kőcse des Komitates Torontál aber, deren Einwohner in 1910, 987 Seelen waren, wovon die relative Mehrheit (359) Kroaten sind und wo ausserdem 224 Magyaren, 167 Rumänen und 144 Serben lebten, ist eine markante Nationalitätengemeinde.

Das völkische Gefüge der Grosstädte und industriellen Mittelpunkte ist neuzeitlich, kaum ein Jahrhundert alt und die Folge wirtschaftlicher Möglichkeiten. Demgegenüber ist das ethnografische Bild des Banates das Ergebnis seiner hundert-, ja tausendjährigen geschichtlichen und geografischen Gegebenheiten.

Obwohl das Banat in sich selbst geografisch als Einheit gelten kann, ist es doch ein Teil jener grösseren geografischen Einheit, die mit dem Namen Donau–Theiss-Becken genannt wird und an deren geschichtlichem Schicksal es auch Anteil hatte.

Dieses Becken aber war – abgesehen davon, dass es während der Wirrnisse der Völkerwanderung die Landstrasse der Völker sein musste, wo die verschiedensten germanischen, slawischen, uraltaischen Völker erschienen, eroberten, herrschten und verschwanden – der Berührungspunkt und sozusagen die Scheidewand in der Besitzlagerung der germanischen, slawischen und lateinischen Völker. Diese Scheidewand kann aber nicht als genau festlegbare geografische Linie betrachtet werden, sondern gilt als breiter Übergangsstreifen, wo dieser Übergang langsam und stufenweise vor sich ging.

Der Niederschlag dieser geschichtlichen Vorgänge beeinflusste das ethnografische Bild des Donau–Theiss-Beckens und mit diesem vereint auch des Banates in nachhältiger Weise.

Als am Ende des IX. Jahrhunderts die heimatsuchenden Magyaren im Gebiet des Donau–Theiss-Beckens auftauchten, fanden sie da verschiedene slawische Volksstämme. Unter diesen waren sicher noch zerstreut einige der vorherigen Eroberer, der Avaren vorhanden, die sich inmitten der Slawen niedergelassen hatten und mit diesen verschmolzen.

Damals bestand im Gebiete des Banates ein bulgarisch-slavisches Fürstentum, welches über den eroberten slawischen Stämmen herrschte. Doch war die bulgarische Bevölkerung selbst schon im Wege der Slawisierung. Die Mönche Cyrill und Metod hatten schon weit vorher die Bekehrung des bulgarischen Volkes begonnen und so die Einverleibung der Bulgaren in die christliche Einheit herbeigeführt. Gemeinsam mit dem christlichen Glauben bekamen sie aber auch slawische Messbücher, slawische Schriften, wodurch die jeglichen nationalen Bewusstseinsbaren staatsbildenden Bulgaren der Verslawisierung verfielen. In welchem Stadium diese Verschmelzung der Bulgaren mit dem Slawentum im sogenannten Marosvárer Fürstentum im Theiss-Maros-Raum im Zeitpunkt des Erscheinens der Magyaren war, dafür bestehen keinerlei geschichtliche Stützpunkte. Tatsache ist, dass die Bekehrung der Bulgaren zum Christentum noch sehr neu, kaum fünfzigjährig war und demzufolge ist vorauszusetzen, dass im Banat zur Zeit des Eintritts der Magyaren die Sprache der mit ihnen verwandten Bulgaren noch nicht völlig verstummt war. Also mag die Bevölkerung des Banates zu Ende des IX. Jahrhunderts aus zwei Volkselementen bestanden haben: aus Bulgaren und Slawen.

Das Vorhandensein der Rumänen zu jenem Zeitpunkt ist eine oft diskutierte Frage, worüber wir keinen zuverlässigen historischen Anhaltspunkt besitzen. Die teilweise latinisierte Bevölkerung der alten römischen Provinz Dacien, im heutigen Siebenbürgen und an der unteren Donau mochte trotz der Völkerwanderungs-Stürme nicht ganz zugrundegegangen gewesen sein.

Somit nehmen wir an, dass im östlichen Teil des Banates, zwischen den hohen Bergen dorthin geflüchtete latinisierte Hirtenstämme fortbestanden haben. In den Tälern lebten keine solche Volksbruchteile, dafür bürgen die Namen der Flüsse und Täler, welche grösstenteils slawischen Ursprung aufweisen.

Im X. Jahrhundert nahmen die erobernden Magyaren in erster Reihe die Ebenen des Banates in Besitz. Bald bekamen sie durch das Auftreten der mit ihnen verwandten Petscheneugen und Kumanen-Völker Verstärkung, deren Einwanderung im XI. und XII. Jahrhundert stetig vor sich ging. Diese mit der magyarischen Mundart verwandte Sprache gebrauchenden Völker nahmen neben den Magyaren das ganze Flachland des Ba-

nates ein, die bulgarisch-slawischen Volksreste wurden in dessen südöstlichen Teil verdrängt, während das östliche Bergland wahrscheinlich den romanischen Stämmen zur Unterkunft diente.

Viele geschichtlichen Daten, magyarisch klingende Ortsnamen, die Benennung der Grundstücke und Gewässer zeigen darauf, dass die Banater Ebene im XI. und XII. Jahrhundert bis zu den Zerstörungen der Tataren der Schauplatz blühenden magyarischen Lebens war.

Die Verwüstungen der im Jahre 1241 einbrechenden Tatarenhorden sind für die Völkergeschichte des Banates von epochaler Bedeutung. Diese räuberischen Banden warfen sich zuerst auf das magyarische Flachland, verwüsteten es und mordeten die Bewohner und als sie endlich in 1242 fortzogen, blieben Trümmer und Asche als Spuren der blühenden Magyarendörfer zurück. Neue Ansiedlungen können das Verlorene nicht vollkommen ersetzen und so entstehen über den Resten vieler zerstörter Magyarendörfer neue Ansiedlungen der aus dem Bergland hervordringenden rumänischen und slawischen Völker.

Trotzdem bleibt im XIII., XIV. und XV. Jahrhundert im Banat noch immer ein lebendiges Magyarentum bestehen, obwohl dem Druck der erobernden Türken folgend, immer mehr Slawenstämme die Donau überschreiten und als Flüchtlinge hier vorübergehend Gastrecht erhalten.

Im XVI. und XVII. Jahrhundert ist das Banat der Schauplatz mordender und völkervernichtender Kämpfe, die sich wie vordem, besonders im Flachland abspielten, wo die türkischen Horden hausten. Diese Ebene war damals aber noch vorherrschend von Magyaren bewohnt, diese gingen also zuerst zugrunde, während die Bergbewohner in ihren verborgenen Zufluchtstätten selten von türkischen Verfolgern bedrängt waren.

Als im Jahre 1718 der Friedensschluss von Passarowitz das Banat endgiltig von den Türken befreite, lag die Banater Ebene öde und verlassen da, oft Tagereisen weit war keine menschliche Wohnung zu finden, alles lag brach und unbewirtet da. Nach einer Zusammenschreibung vom Jahre 1717 gab es im Banat 688 bewohnte Ortschaften mit insgesamt 21.500 Häusern, die zum Grossteil Lehmhütten waren.

Dass die rumänischen Bergbewohner von den Türken schrecken verhältnismässig wenig litten, beweisen die Daten einer Aufzählung vom Jahre 1725, laut welcher im Gebiet des

gewesenen Komitates Krassó-Szörény 224 bewohnte und mir 65 unbewohnte Ortschaften waren, in den Landstrichen Temes und Torontal aber gab es 336 bewohnte und 288 unbewohnte Ortschaften.

Ausser rumänischen Elementen blieb in den südlichen und südöstlichen Teilen noch bedeutend serbisches bestehen. Das magyarische war vom Banater Boden fast ganz verschwunden, nur im nördlichen Teil des Komitates Torontal blieben einige tausend Köpfe zählend die Magyaren übrig.

Die grosse Kolonisation.

Im zurückeroberten Banat erschienen schon im Jahre 1718 deutsche Siedler und mit diesen beginnt eine lange, andauernde Kolonisation, die mit einigen Unterbrechungen bis zum Ende des XIX. Jahrhunderts ja sogar bis darüber hinaus währte.

Es würde den Rahmen dieser Studie übertreten, gäben wir alle Teilerscheinungen dieser Siedlungsgeschichte bekannt. Hier sei nur jener Einfluss beleuchtet, den das völkische Gefüge des Banates auf die sprachliche Assimilation von deren Bevölkerung ausübte.

Obwohl die ersten Ansiedlungen aus wirtschaftlicher Notwendigkeit geschahen, hatten sie dennoch wichtige politische Zielsetzungen.

Es hatte ausgesprochen politischen Zweck, auf das befreite Gebiet deutsche Siedler zu bringen, um dadurch das Banat zu einer deutschen Provinz zu machen. Darum wurde dieses Gebiet – den königlichen Eidschwüren zum Trotz – während mehr als fünfzig Jahren nicht wieder an Ungarn angeschlossen, sondern unter dem Namen „Temesvarer Banat“ als besonderer Landesteil von der Wiener Regierung unter militärische, von 1751 an unter bürgerliche Verwaltung gesetzt.

Ausser deutschen brachte man hieher noch andere Siedler in grösseren Mengen, so Serben, Bulgaren, Slowaken, Tschechen, in geringerer Zahl Franzosen, Italiener, ja sogar Spanier, nur eben Magyaren brachte man keine. Die Ursache dessen erfahren wir aus dem Ansuchen eines Regierungs-Sachverständigen der Kolonisation namens Bartenstein, laut welchem es „gefährlich wäre, an den Landesgrenzen so unzufriedene Elemente unterzubringen, die wiederum aufständig würden, wie unter Bocskay, Rákóczi und Thököly“.

Demnach kamen in der zweiten Hälfte des XVIII. Jahrhunderts nur sporadisch und in sehr geringer Zahl Magyaren in das Banat, bis dieses Gebiet im Jahre 1779 wieder dem Mutterlande angeschlossen wurde und hier ausserhalb des Grenz-wache-Gebietes drei ungarische Komitate: Krassó, Temes und Torontal geschaffen wurden.

Über die Völker des Banates zurzeit dieses Anschlusses giebt eine Volkszählung Auskunft, die der Präsident der Landes-Administration Graf Clary anordnete, laut welcher im Jahre 1778 in 511 Gemeinden von 317.928 Einwohnern 181.639 Rumänen, 78.780 Serben, 43.201 Deutsche, Italiener und Franzosen, 8683 Bulgaren und Schokazen, 5272 Zigeuner und 353 Juden waren.¹⁾

Diese Zählung erwähnt Magyaren und Spanier überhaupt nicht, obwohl damals im nördlichen Teil von Torontal, in Kiszombor, Nagybecskerek und Monostor und zerstreut in anderen Gemeinden zweifellos Magyaren lebten, wie aus kirchlichen Matrikeln hervorgeht, die Spanier aber waren damals schon grösstenteils fortgezogen oder assimiliert.

Im sechzigjährigen Zeitraum, zwischen 1718 und 1778 hatte sich also das ethnografische Bild des Banates gründlich geändert und von den drei historischen Völkern war – abgesehen von einem geringen Bruchteil – das magyarische verschwunden, zum rumänischen und serbischen aber kam mit den bunten Gruppen der neuangesiedelten Völker Deutsche, Bulgaren, Schokazen, Spanier, Italiener, Franzosen, ausser den einigen tausend Zigeunern und einigen hundert Juden.

Auch nach der Zurückgliederung des Banates an den Mutterstaat wird die Kolonisation fortgesetzt unter der Regierung Josefs II., Leopold II. und Franz I., später während des ganzen XIX. Jahrhunderts in geringerer Masse, diese war aber für die Gestaltung der Bevölkerung des Banates nicht von Bedeutung.

Das bevorzugte Volkselement waren die Deutschen, deren Seelenzahl bald mächtig answoll, sozwar, dass ihre Verhältniszahl der der Rumänen folgte, in der Reihenfolge die Serben, das zweitbevorzugte Element, hinter sich lassend.

Doch zu Ende des XVIII. und anfangs des XIX. Jahrhunderts
¹⁾ Siehe: Franz Griselini: Versuch einer politischen und natürlichen Geschichte des Temesvarer Banats in Briefen. Wien 1780. S. 196.

derts bricht endlich den Magyaren gegenüber das Eis. Damals begann man auch sie in grösseren Massen hieher zu kolonisieren, nicht so sehr die Vertreter der Staatsgewalt, als vielmehr die Grossgrundbesitzer. So kamen magyarische Siedler in den Theiss-Maros-Winkel, in das Komitat Temes, im Komitat Krassó entsteht im Jahre 1835 die erste magyarische Gemeinde im Bezirk Jám: Udvarszállás.

Die älteste magyarische Siedlung im Banat ist die Gemeinde Kiszombor. Deren magyarische Einwohner erstarken an Seelenzahl schon im Jahre 1718 durch die von jenseits der Maros kommenden Magyaren.

Um 1752 herum folgt die Siedlung Nagybecskerek, die aus von Belgrad und dem Komitat Baranya herbeikommenden Magyaren entsteht und damals wurde der Bau der sogenannten Magyarengasse begonnen.

Von 1760 bis zu Ende des vorigen Jahrhunderts folgen immer häufiger magyarische Siedlungen, teils als neue Gemeindegründungen, teils als angeschlossene Siedlungen, worüber wir aus dem Werk „Délmagyarországi telepítések története“ von Dr. Anton Bodor eine Übersicht in zeitlicher Reihenfolge anführen:

Benennung der Gemeinde	Komitat	Jahr der Ansiedlung	Gesamtzahl der Einwohner 1910	Zahl der ungar. Einwohner 1910
Jazova (Hodegyháza)	Torontál	1760	1848	1832
Ópáva	„	1764	4288	109
Torontálalmás	„	1764,	1794 3315	88
Pusztakeresztur	„	um 1770	687	671
Magyarmajdány	„	„ 1773	758	747
Rábé	„	„ 1773	478	469
Kláralfalva	„	„ 1773	570	566
Torontáltorda	„	„ 1773	4289	4251
Törökbecse	„	„ 1773	7647	5287
Törökkanizsa	„	„ 1773	4938	3168
Csóka	„	1782	4245	3263
Kanizsamonostor	„	1782	329	304
Bakóvár	Temes	1783,	1795 2037	76
Ószentiván	Torontál	1783	1472	1416
Aracs	„	1783	9163	2299
Vizeds	„	1785	893	162
Végvár	Temes	1786	2884	2659
Egyházaskér	Torontál	1787	861	837
Óbéb	„	1787	2494	405
Omor	Temes	um 1790	1499	585

Benennung der Gemeinde	Komitat	Jahr der 'Cn- siedlung	Gesamtzahl der 'Cinwoh- ner 1910	Zahl der ungar. Ein- wohner 1910
Alsóíttebe	Torontál	1790	2238	2208
Töröktopolya	„	1790	1149	544
Otelek	Temes	1794	1921	1878
Torontálvásárhely	Torontál	1794,	1804 5180	4848
Lukácsfalva	„	1795	980	872
Nagykövéres	Temes	1795	1931	180
Szaján	Torontál	um 1800	2323	2278
Bocsár	„	„ 1800	2576	437
Beodra	„	„ 1800	4680	1691
Csősztelek	„	„ 1800	2749	662
Magyarcsernye	„	„ 1800	4138	3849
Dézsánfalva	Temes	1803	963	569
Nagybikács	Torontál	1804	407	156
Magyarszentmárton	„	1806	781	766
Istvánvölgye	„	1809	1719	183
Majlátfalva	Temes	1819	2335	2272
Gátalja	„	um 1823	3503	1883
Buziásfürdő	„	„ 1823	2923	912
Temesfalva	„	„ 1823	1019	389
Aranyág	„	„ 1830	1414	171
Mélynadas	„	„ 1830	740	176
Kistopoly	„	„ 1830	349	95
Ólécz	Torontál	„ 1830	1146	447
Kanak	„	„ 1830	1828	550
Dócz	„	„ 1830	1183	134
Törzsudvarnok	„	„ 1830	863	602
Tóba	„	1832	1693	1505
Udvarszállás	Krassó-Szörény	1835	462	330
Ferencszállás	Torontál	1835	404	404
Porgány	„	1835	980	865
Padé	Torontál	1839	1641	593
Ürményháza	„	1840	1606	1581
Aurélháza	„	um 1840	1135	646
Tamásfalva	„	„ 1840	1826	1291
Valkány	„	„ 1840	4809	1509
Kübekháza	„	„ 1840	1817	1156
Magyarszentmihály	„	„ 1840	929	849
Szőlősudvarnok (Rogendorf)	„	„ 1840	821	643
Bolgártelep	„	1844	725	175
Gilád	Temes	um 1850	3902	794
Nagyszilas	„	„ 1850	2181	121
Györgyháza	Torontál	„ 1850	1134	298
Feketető	„	„ 1850	1101	483
Szanád	„	„ 1859	2317	376

Benennung der Gemeinde	Komitat	Jahr der Cn-siedlung	Gesamtzahl der Einwohner 1910	Zahl der ungar. Einwohner 1910
Ötvösd	Temes	1868	816	791
Széphely (Zsebely)	„	1868	4125	660
Torontálkeresztés	Torontál	1868	974	956
Szapáryfalva	Krassó-Szörény	1881	1743	1686
Székelykeve	Temes	1883	4542	3869
Sándorháza	Torontál	1883	2530	1314
Hertelendyfalva	„	1883	2920	1226
Bánlak	„	1887	2836	427
Izgár	Krassó-Szörény	1888	1257	398
Érszeg	„	1888	949	399
Nagyzerzsébetlak	Torontál	1887	2088	698
Felsőmuzsla	„	1890	3408	3247
Ujszentes	Temes	1891	1243	1144
Nagybodófalva	Krassó-Szörény	1893	1576	1556
Igazfalva	„	1893	1989	1925
Temesrékás	Temes	1899	4321	1236
Facsád	Krassó-Szörény	1903	3323	1462
Bálint	„	1903	1354	467
Bégamonostor	„	1903	781	267
Sztancsófalva	Temes	1903	2066	898
Mosnicza	„	1903	1896	828
Babsa	„	1903	1338	371
Bégahosszupatak	Krassó-Szörény	1909	564	229
Nórinse	„	1910	839	476
Vásáros	„	1910	1035	345

Hier muss auch der sporadisch zusiedelnden gedacht werden, die schon zu Beginn der Kolonisationen gleichzeitig mit den Deutschen an irgend einen Ort des Banates kamen, (Lugos, Csákova), diese aber schmolzen wegen ihrer geringeren Zahl in das umgebende Element ein und verschwanden.

Diese magyarischen Kolonisationen ändern aber wenig an der Sachlage. Das magyarische Element kann den mehr als ein halbes Jahrhundert bedeutenden Vorsprung der anderen drei Völker nicht mehr einholen und bleibt darum arg zurück. Die zielbewusst durchgeführte magyarische Kolonisation ausgangs des XIX. Jahrhunderts kann den Schaden auch nicht mehr wettmachen.

Das vielfarbige völkische Bild gewinnt noch weiterhin an Buntheit durch einwandernde Slowaken²⁾, Kroaten³⁾ und Tsche-

²⁾ Die bedeutendsten slowakischen Siedlungen sind: Tizzaszentmiklós mit 243, Hertelendyfalva mit 992, Nagyzerzsébetlak mit 834, Felsőaradi mit

chen⁴). Die Slowaken und Kroaten kommen hauptsächlich nach Torontál, die Tschechen in die bergigen Gebiete von Ksassó-Szörény. Als Abschluss der langen Siedlerreihe gelten die Ruthenen, die im Jahre 1908 und in den darauffolgenden Jahren in die Umgebung von Lugos teils in gesonderte, teils in schon bestehende Gemeinden angesiedelt werden.⁵)

Das Schicksal der Spanier und Italiener.

Aus dem dargestellten ethnografischen Bild, dessen Entstehen wir im Umriss gaben, fehlen nun drei wertvolle Farben; deren jede eine grosse westliche Nation vertritt: die spanische, die italienische und die französische.

Am frühesten verschwanden die Spanier. Graf Mercy hatte sie im Banat untergebracht, von denen die meisten während der Regierung Karls VI. unter Habsburgische Herrschaft kamen. Die ersten Siedler hatten sich in dem nach ihm benannten Mercydorf niedergelassen. In 1736 gelangt eine grössere Menge Spanier nach Nagybecskerek, wo für sie ein ganzer Stadtteil gebaut wird mit dem Namen Neu-Barcelona. Auch in Pancsova und zerstreut in anderen Ortschaften des Banates werden Spanier aufgenommen. Wenig Spuren zeugen davon, in welcher Weise sie von da verschwanden. Die Gruppe von Nagybecskerek war, wie wir wissen, vom Sumpffieber heimgesucht und dieser Schrecken, sowie die im Jahre 1737 drohende türkische Kriegsgefahr und die Pestseuche in 1738 verscheucht sie aus dem noch nicht unter Dach gebrachten Neu-Barcelona. Mit Erlaubnis ihres kaiserlichen Beschützers verlassen sie diese Gegend und suchen in weniger gefährdeten Landstrichen Ungarns Unterkunft. Auch die in Pancsova wohnhaften Spanier mögen ebenso geflohen sein, da die gesamte Einwohnerschaft von Uj-2192, Alsóaradi mit 161, Istvánvölgy mit 630, Nagylajosfalva mit 4081, Antalfalva mit 4417, Ujsándorfalva mit 900, Temesbökény mit 417, Zsidovin mit 269, Bojtorjános mit 522, Temesvukovár mit 547 Seelen. (1910).

³) In 1910 zählten folgende Gemeinden Seelen mit kroatischer Muttersprache: Tárcsó 1121, Perlasz 554, Horvátklári 143, Kőcse 359, Boka 620, Kisnezsény 239, Ópáva 343.

⁴) Die grössten tschechischen Siedlungen waren: Almásróna mit 350, Cseherdős mit 424, Dunaszentilona mit 811, Szörénybuzás mit 1025, Bigér mit 367, Tiszafa mit 682 Seelen.

⁵) In 1910 war die Zahl der ruthenischen Seelen folgendermassen verteilt: in Cserestemes 102, in Istvánhegy 202, in Krassógombás 893, in Kricsó 72, in Mutnokszabadjá 266, in Zsidovár 55.

palánka und Versec ihre Wohnstätten zurücklassend nach Norden flüchtete.¹⁾

Die Spanier machten später von der ihnen in kaiserlicher Verordnung gewährten Erlaubnis Gebrauch und kehrten nicht mehr an die verlassenen Orte zurück. Dafür spricht der Umstand, dass im Verwaltungsamt des Bezirkes Pancsova die Frage der Verköstigung und Unterkunft der spanischen Familien nicht mehr, wie ehemals, an der Tagesordnung war.

Die wenigen in diesen Ortschaften zurückgebliebenen und versprengt lebenden Spanier wurden bald zu Schwaben, davon überzeugen die noch jetzt bestehenden Namen spanischen Ursprungs: Tines, Mohilo, Endres, Maiores usw. unter den hier lebenden Schwabenfamilien.²⁾

*

Italienische Siedler hatten sich in grösserer Anzahl nur in Jaszenova, Csákova, Mercyfalva und Temesvár-Gyárvaros niedergelassen. Überall geraten sie an die Seite anderer Völker, so in Jaszenova neben Serben, in den anderen Ortschaften zumeist neben deutsche. Für besondere Kirche und Schule für die Italiener wurde nicht gesorgt.

Infolge dieses ständigen Nebeneinanderlebens begannen alsbald die Ehen zwischen Italienern und Deutschen, die in jedem ¹⁾ Laut Meldung der Kreisverwaltung von Nagybecskerek vom 2. Jänner 1737 flüchtete die Bevölkerung aus den Städten Versec, Palánka und Pancsova in grossen Massen. (Siehe Datensammlung zur Geschichte Südungarns im XVIII. Jahrhundert. Seile 321.)

²⁾ Der Weg der Spanier aus dem im Königreich Spanien befindlichen Barcelona nach dem Banater Neu-Barcelona ist eine wenig bekannte romanische Episode der atibekanntten weltgeschichtlichen Ereignisse.

Erzherzog Karl, der zweitgeborene Sohn des Kaisers Leopold I. wurde im Jahre 1703 zum spanischen König proklamiert, worauf er unter den Namen Karl III. bis 1711 regiert. Während seiner kurzen Regierung lernte er Spanien und das spanische Volk lieben, sein Lieblingsaufenthalt war Barcelona und er fühlte sich am wohlsten unter den Mitgliedern des katalonischen Adels. Als er nach dem Tode Josefs I. deutsch-römischer Kaiser und ungarischer König wurde, brachte er mit dem Erzbischof von Valencia an der Spitze ein ganzes Heer spanischer Herren des Hochadels und Kleinadels bürgerliche und andere mit, zum nicht geringen Aerger der Wiener Hofkreise. Denn diese spanische Invasion kam dem Wiener Hof ungemein teuer zu stehen. Sie umringte den Kaiser als gesondeter Hof und es gestaltete sich ein spanischer Rat mit Vorsitzendem, Schatzmeister und Mitgliedern und ausserdem einem Beamtenstaab von fünfzig Personen, als die kaiserliche

einzelnen Falle wahrhafte Brücken der Assimilation zum Mehrheitsvolke sind. Es ist folglich nicht verwunderlich, dass die Italiener von dem umgebenden Deutschtum aufgesogen werden. Die Volkszählung vom Jahre 1778 erwähnt noch Italiener, bald verschwinden sie aber, nur in den Familiennamen Einzelner finden wir Spuren italienischen Ursprungs.

Die italienische Assimilation von Jaszenova muss besonders erwähnt werden. Wie schon bemerkt, gerieten die Italiener dort in eine serbische Gemeinde, also war ihre unmittelbare Umgebung griechisch orientalisches-serbisch. Da die Italiener ausnahmslos römisch-katholisch waren, konnte bei dem damaligen Zeitgeist von keinen serbisch-italienischen gemischt-ehelichen Verbindungen die Rede sein. Solche Ehen hätten unbedingt den Übertritt einer der Ehehälften in die Religion der anderen nach sich gezogen, ein in damaligen Zeiten höchst selten vorkommender Fall. Wenn er dennoch vorkam, so galt der Übertritt vorzüglich zugunsten der regierenden, der röm. katholischen Religion. So müssen die griechisch-orientalische Kirche und – wenn vorhanden – die griech.-orientalische Schule in Jaszenova aus den Assimilationsfaktoren ausgeschaltet werden.

Diese Umstände begünstigen die serbische Assimilation weniger und laut ungarischer statistischer Daten finden wir auch in Jaszenova 29 Deutsche, obwohl die Siedlungsgeschichte uns nicht Hofkanzlei nur siebenköpfige Beamtschaft zählte. Die spanischen Höflinge bezogen alle riesige Gehälter und Jahresrenten. Der Erzbischof von Valencia und die vornehmsten spanischen Herren bezogen jährlich 20.000 Gulden, während der Gehalt des geringsten Höflings auch mindestens 6000 Gulden belief. Dabei war die Unbescheidenheit der Spanier grenzenlos: einer darunter, nicht einmal ein Adelliger, beschwert sich, der für ihn vorgesehene Gehalt von 9000 Gulden sei zu gering, er könne darum nicht einmal Equipage halten und wäre gezwungen, zu Fuss zu gehen.

Da diese spanische Hofhaltung so riesige Summen verschlang, ist es begreiflich, wenn der Widerwille der Wiener Hofkreise den geeigneten Moment sehlichst erwartete, um die Spanier los zu werden.

Prinz Eugen von Savoyen, der berühmte Türkensieger hatte mit dem Erzbischof von Valencia eine Meinungsverschiedenheit, deren Äusserungen die erwünschte Gelegenheit boten: der Kaiser musste zwischen seinen spanischen Günstlingen und dem weltberühmten Feldherrn wählen. Zu dieser Zeit erfocht Prinz Eugen seine glänzendsten Siege über die Türken im Banat, mithin konnte der Kaiser nicht anders entscheiden, als die Spanier zu entlassen sie mussten Wien räumen.

Auf diese Weise kamen sie in das Banat.

die Feststellung erlaubt, dass nach Jaszenova deutsche Kolonisten gekommen wären.

Offensichtlich sind die dortigen Italiener grösstenteils ausgewandert, die zurückgebliebenen aber sind – trotz der serbischen Nachbarschaft – deutsch geworden, wobei der Einfluss der nahen Städte Versec und Fehértemplom mit ihrer deutschen Einwohnerschaft geltend wurde. (Fortsetzung folgt.)

Die ungarländische deutsche Lehrerbildungsanstalt eröffnet.

Die deutsche Frage in Ungarn war seit jeher ein kulturelles Problem. Sie ist es bis zum heutigen Tage geblieben. Dr. Jakob Bleyer, der auf diesem Gebiete sicher auch heute noch als die erste Fachautorität gelten kann, hat wiederholt mit grossem Nachdruck betont, dass die deutsche Frage in Ungarn nichts mit der Politik zu tun habe, und dass die Politik, falls man von ihr dennoch Gebrauch machen müsste, nur als ein Mittel zum Zweck betrachtet werden könne.

Diese von Dr. Jakob Bleyer vertretene und verkündete Auffassung fand seit dem Jahre 1919 auch in verschiedenen Verordnungen und Gesetzen ihren Niederschlag, die auf die Lösung der deutschen Frage gerichtet waren. Da das Wesen des deutschen Problems die Schulfrage ist, haben sich die meisten einschlägigen Verfügungen, Verordnungen und Gesetze der Regierung auf deren Lösung gerichtet. So die am 21. August 1919 erbrachte Verordnung der Friedrichschen Regierung, die am 13. Dezember 1919 herausgegebene Verordnung des Kultusministers, die Regierungsverordnung vom 22. Juni 1923, die Regierungsverordnung des Unterrichtsministeriums vom 26. August 1923, der vom Unterrichtsminister für die Volksschulen der Minderheiten am 6. August 1925 herausgegebene Lehrplan, und schliesslich die Schulverordnung der Gömbös Regierung vom 25. Dezember 1935. Alle diese Verordnungen, wie auch die Verfügungen des Innenministers über die Rechte der Minderheiten im Gemeindehause, vor dem Gericht und überhaupt im Verwaltungswesen beziehen sich eindeutig auf das kulturelle Eigenleben des ungarländischen Deutschtums. Die endgültige Lösung der deutschen Frage in Ungarn als kulturelles Problem dürfte aber

von der jetzigen Regierung durch Errichtung von deutschen Bürgerschulen in Munkács und in Bátorfő, der deutschen Mittelschule in Szekszárd, insbesondere aber durch die Schaffung einer deutschen Lehrerbildungsanstalt in Budapest herbeigeführt werden, die am 24. September vormittag um zehn Uhr in der Staatlichen Lehrerbildungsanstalt der Ferry Oskar-Strasse feierlich eröffnet wurde.

Der Eröffnungsfeier wohnten in Vertretung des Ministerpräsidiums und des Kultusministeriums Tafelrichter Dr. Ladislaus Fritz und Oberstudienrat Dr. Aloysius Lotzka, der gesamte Professorenkörper, ferner die Vertreter des UDV und des VBD, bei. Die Zöglinge: Kinder aus Elek, aus Mór, Taksony, Süttő, Nagymaros usw. waren vollzählig ausgerückt.

Die Feier wurde um zehn Uhr mit dem Absingen des nationalen Gebetes begonnen. Sodann hielt Direktor Dr. Julius Lux, der sich um die Durchführung der verschiedenen Massnahmen und Verordnungen der Regierung bisher ausserordentlich verdient gemacht hat, einen Vortrag, in dem er Zweck und Ziel der Lehrerbildungsanstalt, die den Titel Königl. Ungarisches Staatliches Lyzeum für deutsche Lehrerbildung trägt, erörterte. Einleitend stellte er fest, dass die Eröffnung der Lehrerbildungsanstalt im Minderheitenschulwesen Ungarns einen Akt von geschichtlicher Bedeutung darstelle. Zweck und Ziel der Lehrerbildung sei, für die Schulen der deutschen Dörfer Ungarns gewissenhafte, fachtüchtige und die deutsche Sprache vollkommen beherrschende Lehrkräfte heranzubilden. Dieser Aufgabe werde der Professorenkörper der Lehranstalt gewissenhaft nachkommen.

Nach dieser Einleitung entwarf der Direktor über die Lehrerbildung der Nationalitäten Ungarns in der Vergangenheit ein Bild. Er wies darauf hin, dass die Lehrerbildung der Nationalitäten Ungarns ursprünglich ausschliesslich in der Muttersprache erfolgt sei. Einen Wandel habe diesbezüglich das Jahr 1868 geschaffen, doch habe der Paragraph 38 des bezüglichen Gesetzes aus dem Jahre 1868 für die konfessionellen Schulen die muttersprachliche Ausbildung der Volksschullehrer auch weiterhin vorgesehen. Auf die neuesten Zeiten übergehend führte Dr. Lux aus:

– Im Sinne des Friedensvertrages von Trianon hat Ungarn fast alle Minderheiten verloren. Für jene, die noch zurück-

geblieben waren, musste aber ebenfalls gesorgt werden. Zu diesem Zwecke wurde im Jahre 1920 in Sopron ein Lehrerbildungskurs eröffnet. Seit dem Jahre 1927 findet jeden Sommer in Baja für die Lehrer der deutschen Gemeinden ein Fortbildungskurs statt, der sich sehr gut bewährt hat. Auf weite Sicht betrachtet war aber dieser Kurs doch nur ein Notbehelf. Um ihn zu ergänzen, bezw. um die deutsche Lehrerbildung auf eine breitere und institutionsmässige Grundlage zu stellen, wurde der Jahreskurs für junge Lehrer und Lehrerinnen ins Leben gerufen, in dem alljährlich 30 junge Lehrkräfte für den deutschen Unterricht herangebildet wurden. Da man inzwischen aber immer mehr zur Einsicht gelangt ist, dass eine endgültige Lösung nur durch die Schaffung einer eigenen deutschen Lehrerbildungsanstalt erzielt werden könne, wurde die Lehrerbildungsanstalt geschaffen, die wir nun feierlich eröffnen.

Dr. Lux skizzierte nun die verschiedenen Lösungsversuche des muttersprachlichen Unterrichts, angefangen von der Schulverordnung des Grafen Stefan Bethlen, mit den bekannten drei Schultypen bis zur Weihnachtsverordnung des verstorbenen Ministerpräsidenten Julius Gömbös vom Jahre 1935. Sodann schilderte er Zweck und Ziel, wie auch den Lehrplan der ungarischen Lehrerbildungsanstalten, die da seien: körperliche Ertüchtigung, religiös-sittliche Erziehung, fachmännische Ausbildung und vaterländische Gesinnung. Diese Gesichtspunkte müssen auch der deutschen Lehrerbildungsanstalt vor Augen schweben. Das Volk kann mit Erfolg nur in seiner Muttersprache erzogen werden. Um dieses Ziel erreichen zu können, müssen aber auch die Lehrer eine entsprechende Erziehung erhalten. Die Lehrer und die Erzieher des Volkes müssen organisch zueinander gehören und organisch miteinander verwachsen sein. Nur wenn der Lehrer mit Volksgeist und der Volkskultur verwachsen ist, wird er imstande sein, das ihm anvertraute Volk im selben Geiste zu erziehen.

Überzeugend sprach sodann Dr. Lux über die Verbundenheit der deutschen Minderheit mit dem ungarischen Vaterlande. Wir leben in Ungarn – fuhr Dr. Lux fort, – folglich müssen Unterricht und Erziehung in streng vaterländischem Geiste erfolgen. Durch tausend Fäden sind wir an dieses Vaterland geknüpft. Mit den übrigen Völkern des Landes bilden wir eine Gemeinschaft, die vom Vaterland betreut werden. In edlem Wett-

eifer müssen wir bestrebt sein, den vaterländischen Geist unseres Volkes zu vertiefen und bewusster zu gestalten.

Direktor Dr. Lux schloss dann seinen lehrreichen Vortrag mit den Worten:

– Unsere Zielsetzungen sind klar und eindeutig, unsere Bestrebungen ehrlich und aufrichtig. Was wir wollen, ist edel und gut. Wir streben das Wohl unseres Volkes und das Aufblühen unseres Vaterlandes an. Wir sind uns dessen bewusst, dass wir bis zur Erreichung unseres Zieles noch verschiedene Schwierigkeiten zu überwinden haben werden. Aber darum sind wir da, um diese Schwierigkeiten zu meistern. In dieser Hoffnung und Überzeugung flehe ich den Segen auf unsere Anstalt herab.

Reicher Beifall quittierte den Vortrag. Die Nationalhymne wurde gesungen und die Feier war zu Ende.

Den feierlichen Eröffnungsakt der deutschen Lehrerbildungsanstalt verliessen alle Anwesenden in der Überzeugung, dass der 24. September in den kulturellen Bestrebungen des ungarländischen Deutschtums einen Tag von geschichtlicher Bedeutung darstelle, einen Tag, der für das ungarländische Deutschtum die günstigsten Aussichten erschliesst.

Wechsel in der Leitung des Deutsch-Schwäbischen Kulturbundes in Jugoslawien.

Nach schweren inneren Kämpfen konnte in der Leitung des Deutsch-Schwäbischen Kulturbundes in Jugoslawien endlich eine Einigung erzielt werden, eine Einigung zumindest in der äusseren Erscheinungsform des Kulturbundes. Bundesobmann Johann Keks, der zwölf Jahre lang mit grosser Hingebung den Kulturbund geleitet hat, trat zurück; er wurde zum Ehrenbundesobmann gewählt. Bundessekretär Matz Giljum, der in vielen Beziehungen die Seele des Kulturbundes war, trat freiwillig zurück; es wurde ihm protokollarischer Dank ausgesprochen. Zum neuen Obmann wurde Dr. Josef Janko, geboren im Banater Ernsthausen, gewählt.

Der scheidende Obmann Johann Keks hielt nach seiner Abdankung eine kurze Ansprache, aus der hervorgeht, dass die Einheit des jugoslawischen Deutschtums, trotz der Umtauschung der Leitung des Kulturbundes, noch nicht in vollem Umfange Wirklichkeit geworden ist. Er sagte in seiner Ansprache u. a.:

– Die Einigung und Verständigung, die im vergangenen Jahr zustande gekommen ist, sieht vor, dass alle Volksgenossen gleichberechtigte Mitarbeiter und Mitglieder sein sollen und können; sie sieht vor, dass im Kulturbund keine Spaltungen, Gruppen und Parteiungen entstehen oder geduldet werden, dass aber auch keine von irgendwoher kommende spaltende Tätigkeit gefördert werde; sie sieht ferner die wahre Volksgemeinschaft vor, in der jeder Einzelne, der ihr angehört – und ich hoffe, dass es Dr. Janko gelingen wird, unser ganzes Volk, so weit dies möglich ist – im Kulturbund zu vereinigen, in dieser Gemeinschaft auf das grosse, uns alle verbindende Ziel hinblickt und hinarbeitet. Es ist heute noch so, und auch Herr Dr. Janko sieht die Dinge klar, dass diese Auffassung heute noch nicht Gemeingut aller Volksgenossen geworden ist. Wir wissen, dass es noch Auseinanderstrebungen und Parteiungen gibt, aber wir alle, gemeinsam mit Dr. Janko, wollen bemüht sein, diese Zustände zu überwinden und die Volksgemeinschaft zu festigen.

Deutscher Unterricht in staatlichen Volksschulen und Kindergärten.

Auf die Eingabe der Volksgemeinschaft hin erhielt das Gauschulamt vom Unterrichtsministerium nachgehende Zuschrift: Unterrichtsministerium Nr. 157/652 vom 5. September 1939. Auf Ihre Eingabe unter derselben Nummer geben wir Ihnen bekannt, dass das Ministerium Ihr Gesuch guthiess und die Verfügung getroffen hat, dass bei der Einschreibung in die staatl. Volksschulen und Kindergärten die Schüler deutscher Volkzugehörigkeit in deutsche Schulen oder Sektionen zu gruppieren sind. Die Unterrichtssprache der betreffenden Schulen oder Sektion wird im Sinne des betreffenden Gesetzes mit den vorgesehenen Einschränkungen in allen Klassen, also auch in den Kindergärten, wie auch in den Oberstufen die Deutsche sein. Gleichzeitig wurden die Schulinspektorate angewiesen, die diesbezüglichen Verfügungen und das Minderheitenstatut genau einzuhalten.

Cartiere românești în orașele din secuime.

Articolul acesta interesant a apărut în cotidianul „Curentul” 22 Iulie 1939. No. 4110.

Intr'un articol precedent ne opream asupra câtorva date, care ni s'au părut vrednice de a fi aduse la cunoștința publicului, în legătură cu semnele de desvoltare românească a orașului

Sighet, capitală a Maramureşului. Un alt fapt îmbucurător care ne reţine atenţia este acela că în oraşul Sf. Gheorghe, din centrul regiunii zise secueşti, Cassa autonomă a monopolurilor construieşte în momentul de faţă un adevărat cartier românesc – bine înţeles pentru necesităţile dezvoltării industriale pe care o urmăreşte dar cu mare profit pentru rezolvarea unei probleme naţionale importante. Fără a răpi mijloacele de viaţă ale nimă-nui, fără a persecuta pe nimeni, statul român trebuie să se gândească astăzi mai mult ca oricând la o politică de recăştigare a drepturilor româneşti în regiunea zisă secuiască. Oraşele secueşti nu pot să rămână impermeabile necesităţilor unui stat organic care duce în aceste oraşe administraţia lui, armata lui etc. şi care simte, deci, nevoia a avea şi o bază cetăţenească etnică a sa în acele oraşe. Ceeace întreprinde C. A. M.-ul în Sf. Gheorghe îmbină două necesităţi, una economică şi alta naţională, evident legitime, drepte şi urgente.

Această chestiune a întemeierii şi construirii unor cartiere româneşti în oraşele din secuime şi aceia a recăştigării la românism a satelor înstrăinate din aceiaşi regiune sunt concomitente. Opinia publică românească va simţi o mare satisfacţie în momentul când va afla că în acest sens statul a dat toată măsura interesului şi atenţiei sale şi lucrurile au luat în adevăr o înfăţişare urgentă. Va fi mulţumită în primul rând opinia publică din Ardeal al cărei românism robust şi intransigent a luat în ultima vreme, cu prilejul unor anumite evenimente, forme care au surprins chiar pe aceia care îşi dădeau seama de capacitatea excepţională de entuziasm patriotic a ardelenilor.

În secuime de altminteri, ca oriunde se prezintă o problemă de consolidare a intereselor româneşti în Ardeal; statul nu are nevoie de a recurge la măsuri excepţionale sau la comprimări ale minorităţilor de care s'a ferit totdeauna. Este de ajuns ca el să dea sprijinul cel mai indicat şi serios unor stări de spirit atât de fericite şi unui impuls combativ ca acela de care dă dovadă populaţia ardeleană. Mai mult decât atât: poporul românesc din Ardeal în momentul de faţă este instrumentul cel mai adaptat şi cel mai perfecţionat care putea exista vreodată, pentru o politică imediată şi curajoasă a promovării poziţiilor româneşti. Acest moment bun, de entuziasm şi voinţă de afirmare, trebuie folosit, şi folosit cât mai bine. Este o pierdere mare pentru politica de stat să lase neutilizat acest moment de spirit al opiniei publice româneşti, cu precădere a celei din Ardeal. Galvanizarea persistentă, din toate straturile sociale, a sentimentelor, este un principiu de forţă care se poate transforma, în adevărate rapide creaţiuni. Lucrurile nu trebuiesc lăsate la stadiul pur lăuntric oricât de intens şi pur ar fi.

Trbuie să o recunoaştem ca pe o situaţie de fapt, – fără a trage la răspundere istoria, – că acest caz al regiunii secueşti

în plin românism este unic în felul său și nu poate rămâne astfel fără grave neajunsuri asupra istoriei noastre viitoare. Fatalismul nu mai este în mare stimă în concepția populară a istoriei, și destinul unei națiuni presupune și contribuția – oricare ar fi ea – a efortului de viață a acelei națiuni.

Minoritatea secuiască nu poate ieși numai decât oprimată din începutul de rezolvare a problemei regionale pe care o ridică modul ei de existență în sânul țării noastre. Ea nu va fi înlăturată. Elementul românesc trebuie să pătrundă însă cât mai mult, negreșit, pe calea punctelor de minimă rezistență, pe căile naturale ale expansiunii deci, în regiunea secuiască. Cele două etape prime ale acestei expansiuni nu pot fi decât: recăstigarea la românism, – prin biserică, școală, etc. – a satelor secuizate și expansiunea cetățenească, ca s'o spunem așa, în orașe, orașe care fac „politica porților deschise” față de alojeni, prin natura lor însăși. Un oraș este o așezare colectivă tehnică unde fiecare se poate stabili. Orașele din secuime trebuie să piardă fără întârziere, definitiv, caracterul de orașe secuiești. Perzistența acestui renume dovedește existența unor stări de lucruri anti-politice din punctul de vedere al interesului național românesc. Dacă satele sunt celule organice în care adesea prin violare de structură se poate introduce un corp etnic divers, dacă în satele secuiești statul nu face și nu vrea să facă o politică de românizare cu orice preț – cu excepția satelor românești înstrăinate de care vorbim – în orașe el nu numai că are datoria urgentă de a face o politică de românizare, dar are și câmpul absolut liber pentru a o face...

Iată de ce am voit să reținem însemnătatea construirii unui cartier românesc în Sf. Gheorghe, operă pentru care nu în zadar se cheltuiesc mulți bani. Pentru a înlesni acest proces va fi necesar să se revadă și rostul multora din acele compozesorate care au servit de carapace desvoltării excesive a drepturilor străinilor. Asupra acestui punct am putea reveni însă altădată.

Dragoș Vrânceanu.

STATISTISCHE MITTEILUNGEN.

Die Bevölkerung des an Ungarn zurückgegliederten Karpatengebietes laut Volkszählung vom 15. Juli 1939.

Das kön. ungarische Statistische Zentralamt vollzog ähnlich der Zusammenschreibung vom 15. Dezember 1938 über das laut Wiener Beschluss zu Ungarn zurückgekehrte Gebiet, auch von dem, zur Ungarischen Krone zurückgekehrten Karpatenland, bald nach dessen Befreiung, am 15. Juli 1939 die erste grosse statistische Zustandsaufnahme, die Zusammenschreibung über Volk, Ackerbau und Haustiere.

Zur Kennzeichnung des Zeitpunktes dieser Aufnahme muss bemerkt werden, dass als ideeller Punkt die Mitternacht zwischen dem 15. und 16. Juli 1939 galt.

Laut Endergebnis der sogenannten Gemeinde-Sammelbogen und deren zusammenfassende Tabellen können wir über die Volkszählung im Karpatenland folgende Übersichtstabelle aufstellen:

Zeitpunkt ¹⁾	Flächen- raum (km ²)	zivile Bevölkerung	gesamte Bevölkerung	Bevölkerungsdichte auf 1 km ² auf grund der Zahl der zivil- der gesamt Bevölkerung
<i>A) Das eigentliche Karpatenland:</i>				
1910. XII. 31.	} ³⁾ 12.061	491.772	492.188	40·8
1930. XII. 1. ²⁾		.	587.610	48·7
1939. VII. 15.		⁴⁾ 664.826	.	⁴⁾ 55·1
<i>B) Die zum zurückgekehrten Oberland gehörenden Gemeinden und Gemeinde- und Stadtteile:</i>				
1910. XII. 31.	} ³⁾ 85	⁶⁾ 4.671	⁶⁾ 4.678	54·7
1930. XII. 1. ²⁾		.	⁶⁾ 5.728	67·4
1939. VII. 15.		⁴⁾ 7.136	.	⁴⁾ 83·5
<i>A+B) Der gesamte Gebietszuwachs von März–April 1939:</i>				
1910. XII. 31.	} ³⁾ 12.146	496.443	496.866	49·9
1930. XII. 1. ²⁾		⁷⁾	⁷⁾ 593.338	48·8
1939. VII. 15.		⁴⁾ 671.962	.	⁴⁾ 55·3

Durch die Rückgliederung des Karpathenlandes an Ungarn nach dem Wiener Beschluss ist der Gebietszuwachs 12.146 km² mit 671.962 Einwohnern, wegen gebirgigem Terrain ziemlich schütter, doch recht vermehrungsfähig bevölkert.

¹⁾. Zeitpunkt der Volkszählung resp. Zusammenschreibung. ²⁾. Auf Grund der Ergebnisse der tschechoslowakischen Volkszählung ausgerechnete Daten bezügl. Gemeinden. ³⁾. Endergebnis des im letzten tschechoslowakischen Ortsnamenregister festgestellten Daten. ⁴⁾. Vorheriges Ergebnis. ⁵⁾. Diese Gemeinden und Gemeinde- (Stadt)teile kehrten mit dem Karpathenland zugleich zur heiligen ungarischen Krone zurück. ⁶⁾. Summe der Daten der gesamten Gemeinden resp. der mit dem Karpathenland zurückgekehrten Gemeinden. Die Daten der Bevölkerung der Gemeinde- (Stadt)teile ist nicht in dieser Summe enthalten. ⁷⁾. Nach nicht ganz genauen Angaben über dieses Gebiet betreffende Berechnungen ist die Zahl der Zivilbevölkerung in 1930 590.371, die der Gesamtbevölkerung 592.901. (Somit war die Zahl des Militärs gering.)